

# Der Grundstein

## Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Verbindungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit“ Zuschußkasse

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.  
Bezugspreis für das Vierteljahr M. 3 (ohne Bestellgeld), bei Zustellung unter Kreuzband M. 4

Herausgegeben vom  
**Deutschen Bauarbeiterverbande**  
Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluss des Blattes: Montag vormittag 10 Uhr.  
Verbands-Anzeigen werden mit 5 M für die dreigespaltene Zeile oder deren Raum berechnet

### Das Siedlungsproblem als Zentralproblem unseres Wiederaufbaues.

Von H. Ellinger in der „Neuen Zeit“.

I.

Während des Krieges ist in Deutschland eine gewaltige Wohnungsnot entstanden, die bis jetzt durch Notmaßnahmen der verschiedensten Art zwar ein wenig gemildert, aber keineswegs beseitigt worden ist. Festen uns doch nach dem Urteil von Sachkennern — und der Reichsfinanzminister Dr. Brüch hat diese Auffassung neulich ausdrücklich bestätigt — zur ordnungsmäßigen Unterbringung unserer gesamten Bevölkerung mindestens eine Million Wohnungen, die im wesentlichen durch Neubauten zu beschaffen sind. Hat man bis jetzt bei Bekämpfung der dringendsten Wohnungsnot in der Hauptsache auf den augenblicklichen dringenden Wohnungsbedarf Rücksicht genommen, so wird man in Zukunft bei der Neuherstellung von Wohnungen größere volkswirtschaftliche und siedlungspolitische Ziele verfolgen müssen. Es geht nicht an, daß man Neuwohnungen einfach dort baut, wo sich aus dem Zusammenfließen großer Menschenmassen aus der Kriegs- oder Vorkriegszeit her eine Wohnungsnot ergibt, ohne Rücksicht darauf, ob sich für diese Menschenmassen an Ort in Zukunft auch eine wirtschaftliche Existenz finden läßt oder nicht. Wir haben vielmehr den heutigen Stand und die voraussetzliche Entwicklung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse eingehend zu prüfen und auf Grund des Wissens eine großartige Siedlungspolitik zu treiben, eine Siedlungspolitik, die zugleich Wirtschaftspolitik und Ernährungspolitik sein und dem Wiederaufbau Deutschlands dienen muß.

Wie lagen die wirtschafts-, siedlungs- und ernährungspolitischen Verhältnisse Deutschlands vor dem Kriege und wie liegen sie jetzt?

Daß diese Verhältnisse vor dem Kriege nicht gesund waren, haben wir während des Krieges am eigenen Leibe gemerkt, und wir merken es immer noch. Ja man kann in gewissem Sinne sagen: diese Verhältnisse haben zwangsläufig zum Weltkrieg geführt.

Eine ausreichende Ernährung ist für jedes Volk die Grundlage seiner Existenz. Nahrung wächst aber nur auf dem Lande, und sie wächst nur dann, wenn sie von Menschen erzeugt wird. Jedes Volk, das sich nicht der Gefahr des Hungertodes aussetzen oder seinen Bevölkerungszuwachs ins Ausland abfließen will, muß deshalb eine Wirtschaftspolitik und Siedlungspolitik treiben, durch die seine ausreichende Ernährung gesichert wird. Das ist auf zweierlei Wegen möglich: entweder muß ein Volk seine landwirtschaftliche Erzeugung so steigern, daß sie mit der Bevölkerungszunahme gleichen Schritt hält, oder es muß seine Industrie so fördern, daß es Industrieerzeugnisse in großem Umfang ausführen und dafür die fehlenden Nahrungsmittel eintauschen kann.

Der zweite Weg ist — wenigstens solange der Kapitalismus die Welt beherrscht — nur sicher, wenn und solange ein Volk die Macht hat, sich den Wohlstand seiner Industrieerzeugnisse und die Zufuhr der fehlenden Nahrungsmittel unter allen Umständen zu sichern. England konnte, gestützt auf seine Weltmacht und seine Flotte, im vorigen Jahrhundert seine Wecker in Jagdreviere und Schafweiden im vorderen Asien, Australien und Amerika bekam, als es sie im eigenen Lande hätte erzeugen können. Als aber im Weltkrieg die deutschen Unterseeboote die englische Weltmacht bedrohten, lehnte auch England wieder zur intensiveren Bewirtschaftung seines Bodens zurück.

Uebrigens verpöcht der zweite Weg selbst unter den genannten Voraussetzungen nicht für alle Zeiten sicheren Erfolg. Denn auch die heute noch dünnbesiedelten und große landwirtschaftliche Ueberflüsse abwerfenden Agrarländer wandeln sich mit ihrer Bevölkerungszunahme und ihrer dichteren Besiedlung allmählich in Industrieestaaten

um, die ihre Bodenerzeugnisse in steigendem Maße selber verbrauchen. In jenen Ländern, wo das ursprünglich herrenlose Land bereits in Privatbesitz genommen ist und wo die rasch wachsende Bevölkerung keinen landwirtschaftlich bebaubaren Boden mehr findet, ist das schon heute der Fall. Durch die Ausfuhr von Kapital aus den industriellen Ländern tragen die heutigen Industrieböller selber zur Industrialisierung der Agrarländer bei. Die größtmögliche Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung in den heutigen Industrieländern wird später schon aus diesem Grunde zu einem zwingenden Gebot.

Dem heutigen Deutschland werden aber nicht nur durch diese — heute noch ziemlich theoretischen — Erwägungen neue wirtschafts- und siedlungspolitische Wege gewiesen, vielmehr macht uns unsere augenblickliche wirtschaftliche und politische Lage die Begehung neuer Wege zur unabwendbaren Pflicht. Die letzten vier Jahrzehnte vor dem Kriege haben Deutschland einen Bevölkerungszuwachs von rund 25 Millionen Menschen gebracht. Diesen Bevölkerungszuwachs konnte der deutsche Boden nicht ernähren — nicht, weil er dazu überhaupt nicht imstande war (nach dem Urteil hervorragender Sachkennner vermag der deutsche Boden bei intensiver Bewirtschaftung mindestens 150 Millionen Menschen zu ernähren), sondern weil in Deutschland — wie in allen kapitalistischen Ländern — das herrschende Bodenrecht und die bestehende Machtverteilung im Staate einer intensiven Ausnutzung des Bodens im Wege stand. Infolge dieses Bodenrechts fand selbst der bäuerliche Bevölkerungszuwachs auf dem Lande keine ausreichende Existenz. Getrieben durch die bürgerliche Politik der Grundbesitzer und angezogen von den höheren Löhnen, den besseren Lebensbedingungen und den mancherlei Annehmlichkeiten des Stadtbefehrs, strömte die ländliche Jugend zum guten Teil in die Stadt, wo sie Aufnahme fand in der unter staatlicher Förderung rasch wachsenden Industrie. Und während in Deutschland selbst infolge des herrschenden Bodenrechts Millionen Hektare Boden als Oed- und Brachland liegen blieben, weil die Besitzer dieses Landes an seiner Bewirtschaftung kein Interesse hatten, während weitere Millionen Hektare Boden infolge des gleichen Bodenrechts und des herrschenden Leutenmangels nur höchst mangelhaft bewirtschaftet wurden, hat man in der Südsee und in Afrika mit gewaltigen Mitteln kolonisiert. Die Kolonien sollten die Menschen aufnehmen, für die im Lande selbst infolge des herrschenden Bodenrechts kein Platz mehr war, sie sollten die fehlenden Nahrungsmittel liefern, deren Deutschland zur Erweiterung seiner Industrie bedurfte. Denn die deutsche Industrie mußte erweitert werden, um dem Bevölkerungszuwachs in ihre erweiterter werden, um dem Bevölkerungszuwachs Arbeit und den Städten im Austausch gegen Industrieerzeugnisse die fehlenden Nahrungsmittel aus dem Ausland zu beschaffen. Für seine städtische und industrielle Bevölkerung führte Deutschland Jahr für Jahr in steigendem Maße Lebensmittel ein.

So kam Deutschland, weil das herrschende Bodenrecht und die herrschende Machtverteilung im Staat einer gewissen Siedlungs- und Ernährungspolitik im Wege stand, zwangsläufig zur Weltwirtschaft und Weltmarkt. Auf dem Weltmarkt, beim Suchen neuer Rohstoffquellen und Absatzgebiete, stießen seine Interessen — und durchaus nicht nur die Interessen seiner Kapitalisten — mit den Interessen anderer Staaten zusammen. Im neue Absatzmärkte für seine Industrieerzeugnisse zu gewinnen, seine Waren auszufuhr zu fördern und gleichzeitig ausländische Industrieerzeugnisse möglichst vom heimischen Markt fernzuhalten, griff Deutschland auf seiner Schutzpolitik, die ihm die Konkurrenz anderer Staaten überwinden half. Zur Sicherung der gewonnenen Absatzmärkte, zur Vermeidung seiner Rohstoffquellen und zur Sicherung seiner Nahrungsmittelzufuhr schuf es sich in seiner Militärmacht und in seiner Flotte neues gewaltige Wachstum, das zusammen mit dem wirtschaftlichen Aufschwung Deutschlands andere Großstaaten in steigende Umrufe versetzte und das dem bekannten Weltkriege Anstoß gab. Die Folge dieser ganzen Entwicklung war der Weltkrieg, in dessen Verlauf

der deutsche Imperialismus gegen den Imperialismus der Westmächte unterlag.

Aus diesen Ursachen gilt es heute für Deutschland auf siedlungs- und ernährungspolitischen Gebiet die Folgerungen zu ziehen. Es muß unsere Aufgabe sein, unser Wirtschaftsleben entsprechend dem Stande unserer gegenüber der Vorkriegszeit völlig veränderten volks- und weltwirtschaftlichen Lage neu zu ordnen. Diese Lage stellt sich uns futz folgendermaßen dar:

Es fehlen Deutschland etwa 30 bis 40 % seines Nahrungsmittelbedarfs aus eigenem Boden. Die Erzeugung dieser Nahrungsmittel durch die deutsche Landwirtschaft in ihrer heutigen Verfassung ist unmöglich. Gemessen an dem Nahrungsmittelbedarf des deutschen Volkes, ist die Zahl der in der deutschen Landwirtschaft tätigen Kräfte viel zu klein, zumal die Ertragsfähigkeit des deutschen Bodens infolge der Auspöwerung während des Krieges, des Mangels an Düngstoffen und Zugvieh gegen früher gewaltig zurückgegangen ist. Einige seiner fruchtbarsten Versorgungsgebiete sind überdies Deutschland durch den Friedensvertrag verlorengegangen. Die Einfuhr der fehlenden Nahrungsmittel aus dem Auslande ist aber in dem erforderlichen Umfang nicht mehr möglich. Deutschlands Weltmacht, die früher die Ausfuhr von Waren und die Einfuhr von Lebensmitteln garantierte, ist zusammengebrochen, ihre Stützen: die deutsche Militärmacht und die deutsche Flotte, sind zerstört. Seine Bewegungsfreiheit auf dem Weltmarkt ist eingeschränkt, sein Handel wird von fremden Mächten kontrolliert. Seine Absatzgebiete sind ihm zum größten Teil genommen; seine Handelsflotte, die früher die deutschen Waren in die fernsten Länder trug und deren Erträge ebenfalls zum Einkauf ausländischer Lebensmittel und Rohstoffe verwendet werden konnten, besitzt es nicht mehr. Ein großer Teil seiner heimischen Rohstoffquellen ist ihm durch die Abtrennung deutscher Gebiete verlorengegangen. Ausländische Rohstoffe kann es nur noch insoweit erhalten, als dies ein fremder Imperialismus erlaubt. Ja selbst die Verfügung über seine heimischen Rohstoffschätze ist ihm zum guten Teil genommen. Durch all das ist die industrielle und kommerzielle Entwicklung Deutschlands unterbunden, eine Warenausfuhr in früherem Umfang ist auf lange hinaus nicht mehr möglich, und damit fällt auch die Möglichkeit der dauernden Lebensmitteleinfuhr im früheren und erst recht im heute erforderlichen Umfang fort. Sie ist um so unmöglicher, weil sich selbst ein großer Teil der verringerten Warenausfuhr draußen nicht in Lebensmittel umsetzen läßt, sondern als Kriegsentföndigung ohne jede Gegenleistung der sogenannten „Wiedergutmachung“ dient.

So ist die Frage für das deutsche Volk — wenn es nicht dauernd hungern will — in nächster Zeit nicht mehr in erster Linie: Auswanderung oder Warenausfuhr?, sondern: Auswanderung oder innere Kolonisation?

Für die Auswanderung kämen, wollte das deutsche Volk das Verhältnis zwischen seinem Nahrungsbedarf und der heutigen Erzeugungsfähigkeit seiner Landwirtschaft mit ihrer Hilfe aus der Welt schaffen, mindestens 10 bis 15 Millionen Menschen in Betracht. Niemand, der es mit dem deutschen Volke gut meint, kann ihm zur Abstoßung solcher Menschenmassen und zu ihrer Eingabe als Kulturträger raten. Uebrigens wäre die Abstoßung solcher Menschenmassen für Deutschland in nächster Zeit auch keineswegs leicht. Wo sollten diese Menschenmassen hin? Kolonien, an die es seinen Bevölkerungszuwachs abgeben könnte, besitzt Deutschland nicht mehr, ja es werden sogar die früheren Kolonialbesitzer aus ihrer Heimat Wirkungsstätten verjagt und setzen selber in die Heimat zurück. Das gleiche ist mit vielen Auslandsdeutschen in andern Ländern der Fall. In den meisten Ländern herrscht überigens heute so große Arbeitslosigkeit, daß die Auswanderung für die heute immer noch wenig besitzenden Deutschen nichts weniger als ratsam ist, ganz abgesehen davon, daß die Einwanderung in den

meisten Ländern auch noch durch scharfe Maßbestimmungen und andere Maßnahmen sehr erschwert ist.

Es ist das deutsche Volk, wenn es nicht dauernd hungern will, zur Steigerung seiner landwirtschaftlichen Erzeugung einfach gezwungen. Und diese Steigerung ist nur möglich durch eine Umgruppierung unserer Wohnbevölkerung und unserer Volkswirtschaft in der Richtung von der Stadt aufs Land, dadurch, daß von der durch den Kriegsausgang in Handel und Industrie existenzlos gewordenen Bevölkerung dem Boden so viel Arbeitskräfte zugeführt werden, als dieser zu seiner intensiven Verwertung und zur Hervorbringung der fehlenden Nahrung bedarf.

**Selbsthilfeseuche.**

Zu den vielen Straßensitzgeheimnissen, die als Kriegsfolge aufgetreten sind, gefellte sich in den letzten Monaten auch die Propaganda für Selbsthilfe bei Siedlungsbauten. Wir haben vor einiger Zeit im „Grundstein“ bereits darauf hingewiesen, indem wir in dem Artikel „Baufreundschaften“ unsere Bedenken zu der Sache äußerten. Auch an anderer Stelle haben wir mündlich zu erkennen gegeben, daß die Erwartungen, die man besonders bei den Siedlern mit dieser Art Propaganda erweckt, nicht erfüllt werden können, daß der Rückschlag nicht ausbleiben wird, und daß nachher die Erörterung und der Mißmut größer sein werden als zuvor. Wir haben darauf hingewiesen, daß es vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtet, unsinnig ist, wenn auf der einen Seite Siedler, die ihre feste Arbeit und ihr festes Einkommen haben, ihre freie Zeit zu hausgewerblicher Arbeit an ihrem Hause und denen ihrer Nachbarn benutzen, während auf der anderen Seite Hunderttausende gesunder, kräftiger Männer vom Staale Arbeitslosenunterstützung beziehen müssen, weil sie keine Arbeit finden können.

Wir müssen heute erkennen, daß diese Warnungen ohne Erfolg geblieben sind. Vor einiger Zeit sandte uns Herr Kreisler aus Dresden, Vorstandsmittglied der Reichsarbeitsgemeinschaft deutscher Siedler, sogar einen derartigen Selbsthilfeartikel mit der Bitte um Veröffentlichung zu. Wenn wir den Verfasser nicht persönlich kennen würden, hätten wir dieses Verlangen als Söhn betrachtet, weil wir es aber halten wir es für übergehohe Naivität. Wir wissen jedoch nicht, ob der genannte Vorstand der Reichsarbeitsgemeinschaft der gleichen Meinung ist wie das Vorstandsmitglied Kreisler. Bisher war der Reichsarbeitsgemeinschaft an der Freundschaft der Arbeiterorganisationen gelegen, und wir nehmen an, daß dieses auch heute noch so ist. Dann kann man sich jedoch darüber klar sein, daß Kreislers Vorhaben geeignet ist, die bisherige Freundschaft zu zerstören. Zu unserem Entsetzen ist der genannte Artikel von einigen sozialdemokratischen Zeitungen aufgenommen worden. Allerdings hat Herr Kreisler in Herrn Regierungsbaumeister Dr. Kruschwitz, Dresden, einen Gegner gefunden, der ihm in jeder Hinsicht überlegen ist. Dieser weist in der „Dresdener Volkszeitung“ mit Recht darauf hin, daß die Selbsthilfe ohne Zulassung bedeutender öffentlicher Mittel keine Siedlungen schaffen kann und daß viele Tausende wegen ihrer körperlichen Beschaffenheit oder auch aus anderen Gründen nicht zur Selbsthilfe geeignet sind.

Inzwischen haben unsere Kollegen in einer Reihe von Vereinsgebieten gegen die Selbsthilfe Front gemacht. Und mit Recht. Es ist erfindungsreich nicht kernsicherer Egoismus, der sie in erster Linie dazu treibt, sondern die Erkenntnis, daß sie, sobald die allgemeine Volkswirtschaft in Betracht kommt, unsinnig ist, daß sie weiter die erste Vorbereitung zu einem allgemeinen kulturellen Rückschritt bedeutet. Sie fordern, daß der kulturelle Stillstand, den uns der Krieg brachte, in der Revolutionszeit nicht zu einem Rückschritt, sondern zum Fortschritt umgebaut werde. Unsere Kollegen sind, wie die große Mehrheit aller Arbeiter, Sozialisten; auch jene, die nicht offiziell einer sozialistischen Partei angehören, fühlen sich innerlich zum Sozialismus hingezogen. Das heißt, sie erhoffen von einer sozialistischen Gesellschaftsordnung kulturelle Fortschritte zum allgemeinen Wohl, nicht zum besten einzelner bevorzugter Individuen. Sozialismus ist aber nicht möglich in einer Gesellschaft, in der jedermann sein Haus selbst baut, seine Arbeit und seine Schulze selbst herstellt, sein Handwerk von Mutter zu Tochter überträgt. Derartige Verfassungen bringen uns um Jahrhunderte in der Kultur zurück. Der Sozialismus kann nur gedeihen in einer Gesellschaft, in der weitgehende Arbeitsteilung besteht, weil nur diese die Menschheit in die Lage versetzt, genügend große Mengen von Gebrauchsgütern zu erzeugen, um die Bedürfnisse aller Menschen zu befriedigen. In einer sozialistischen Gesellschaft wird der einzelne Arbeiter bei verhältnismäßig kurzer Arbeitszeit genügend Werte erzeugen und außerdem noch in der Lage sein, sich in seiner Freizeit der Kulturverrichtungen zu erfreuen. Der Selbsthelfer wird nicht in der Lage sein, die einfachsten Anforderungen an Kultur bauend zu erfüllen, selbst wenn er täglich 24 Stunden arbeitet. Man wird sagen, daß es sich bei den Selbsthilfebestrebungen im Siedlungsweesen doch nur um eine kurze Lebensgangszeit handeln soll. Zweifellos ist es auch so gemeint; aber trotzdem das Ende dieser Rückschrittsentwicklung abzuwenden. Wenn Tischler, Schuhmacher, Schneider, Beamte ihre Häuser selbst bauen, müssen die im Baugewerbe tätigen Personen ihre Möbel, Schuhe und Kleider selbst in Ordnung halten, sie können keine Steuern zahlen, um Beamte zu besolden. Die einen bauen schlechte Häuser, die andern

fertigen minderwertige Möbel und Kleider an. Und die im öffentlichen Dienst stehenden Personen scheiden ganz aus, weil keine Geldmittel vorhanden sind, um sie zu bezahlen. Wenn es auch gar nicht so weit ist, so ist es doch nicht zu diesen letzten Konsequenzen kommt, so ist es doch nicht zu diesen letzten Konsequenzen kommt, so ist es doch nicht zu diesen letzten Konsequenzen kommt.

Wir haben jedoch auch zwingende Gründe zur Bekämpfung dieser Selbsthilfe, selbst wenn wir nicht den kulturellen Rückschritt in Betracht ziehen. Warum kann heute, trotz riesigen Wohnungsmangets, nicht gebaut werden? Weil Baugelder und Baustoffe fehlen. Zwar werden in letzter Zeit Baustoffe in stärkerem Maße angeboten. Die Lieferanten behaupten sogar, daß sie die vorhandenen Baustoffe im Lande nicht loswerden können; sie suchen daher die Ausfuhrerlaubnis nach. Es ist aber für jeden, der sehen will, klar, daß bei uns nicht Baustoffe genug erzeugt werden, um den Wohnungsbedarf zu decken. Wenn die vorhandenen Baustoffe nicht reichenden Absatz finden, so ist das darauf zurückzuführen, daß die neu-erstellte Wohnung keine genügende Menge absetzen würde, falls jemand mit den lauren Baustoffen kaute. Sie verfährt also hier auf diesen Komplex von Fragen nicht weiter eingehen. Zum Bauen braucht man Geld, Baustoffe und Bauarbeiter. In den letzteren rechnen wir in diesem Falle auch die sogenannten geistigen Arbeiter. Geld und Baustoffe sind ungeheuer knapp; es hätte also Sinn, an diesen zu sparen. Bauarbeiter aller Berufs sind im Ueberfluß vorhanden; es ist also sinnlos, mit ihrer Arbeitskraft zu sparen. Welchen Weg verfolgt nun die Selbsthilfe? Sie spart die Arbeitskraft und verschwendet Baustoffe. Sie verfährt also so, daß man ihre Befürworter eigentlich unter Skandal stellen müßte. Um an einer Wohnung 8000 bis 4000 M Arbeitslohn zu sparen, wird oft die gleiche Summe und noch mehr an Baustoffen verschwendet. Das ist nicht nur Vermutung von uns, sondern wir können diese Behauptung an einer Reihe von Projekten bezeugen. Hier nur einige. Ein Siedler hatte die für sein zu erbauendes Haus nötigen ungebrannten Ziegel und ließ diese an der Baustelle aufstellen, unbedeckt und dem Regen von allen Seiten ausgesetzt. In einigen Wochen waren die Ziegel aufgeweicht; aber nach der Meinung des Siedlers ist nicht seine Inerfahrenheit schuld, sondern die Steine taugten nichts. Er kaufte von einer anderen Stelle nochmals Grünziegel, die nach einigen Wochen das gleiche Schicksal erlitten wie die ersten. Nun taugten die Grünziegel über- nicht zum Bauen und er kaufte für teueres Geld gebrannte Steine. Mit Hilfe einiger gleich- kluger Genossen mußte man nun einen regelrechten Pfuschbau zusammen. Man hatte allerdings an Arbeitslohn gespart, aber für 6000 M Baustoffe und Bau von Praktikanten handhabend vertriebt und den auf jeden eigenen Sandhieb vertriebt. Hätte der Mann in Billigkeit 5000 M gespart haben. Ein anderer Siedler ließ sich noch das ausgehende Mauernetz von Mauern herstellen, außer einen halben Stein stark gebrannte Ziegel, innen ebenso ungebrannt; aber das Fundament machte er der „Erparnis“ halber selbst. Dabei sparte er nun auf, daß der Bau nicht fest gegründet ist und insofern ebenen Zentungen eintreten. In allen vier Ecken stießen die Umfassungsmauern auseinander. Der Siedler führt dies nun nicht auf seine berufliche Unkenntnis zurück, sondern darauf, daß nach seiner Meinung die innere Mauerschicht aus Grünziegeln getrieben und dadurch die äußere Schicht auseinandergerückt habe. Gegen derartige Weisheit kämpft der Sachverständige vergeblich. Ein dritter Selbsthelfer begann mit seinen Baufreunden die Arbeit; er erkannte jedoch bald, daß er bei dem Arbeitstempo das Haus nicht vor Ende 1921 fertigstellen könne und verzog darum die Hauptarbeit kurzer Hand an einen Baununternehmer, der sich natürlich entsprechend bezahlen ließ. Das sind drei Beispiele nur aus einer Siedlung, in der außer diesen drei wenige Häuser stehen. Wir haben Grund zu der Annahme, daß es ähnliche Beispiele heute schon zu Tausenden gibt. Wenn unsere Kollegen aufmerksam werden sie genug Gelegenheit haben, zu beobachten, wie verschwenderisch man mit den Baustoffen umgeht.

Somit unsere Stellung als Bauarbeiter zu dieser Selbsthilfe in Frage kommt, wollen wir nochmals kurz wiederholen, was wir bereits im „Grundstein“ sagten: Der Verband kann und darf es nicht dulden, daß einzelne seiner Mitglieder dadurch gegen Tarifvertrag und Gesetz verstoßen, daß sie nach Feierabend und Sonntag an diesen Selbsthilfebauten arbeiten. Durch diese Tätigkeit schädigen sie nicht nur die vielen arbeitslosen Kollegen, sondern sie tragen auch zur Verschwendung von Baustoffen bei, indem sie die Arbeitskraft von Nichtfachleuten in ihrer Abwesenheit ermöglichen. Sie schädigen weiter das Ansehen des Baugewerbes; denn nach Jahren, wenn die Arbeiter offenbar werden, wird nicht der Siedler, sondern das Baugewerbe dafür verantwortlich gemacht.

Nun wollen wir noch der Stellung der Behörden und der Regierungen zur Selbsthilfe einige Worte widmen. Diese ist, gelinde gesagt, sehr merkwürdig. Das Siedlungsweesen liegt in der Hauptache in Händen des Reichsarbeitsministeriums, des Reichswirtschaftsministeriums, des Reichsfinanzministeriums und, soweit Baueigen in Betracht kommt, des Reichsjustizministeriums. Sowie die Reichsministerien sind auch das preussische Ministerium für die Bauverwaltung, das preussische Ministerium für die Bauverwaltung, das preussische Ministerium für die Bauverwaltung, das preussische Ministerium für die Bauverwaltung.

des „Berliner Tagblattes“: „Für Berlin im besondern ist zu sagen, fast unmittelbar vor den Toren liegt ein großes, leeres Land, das Baum für die Mehrzahl, wenn nicht für alle bietet, die aus der Großstadt sich löblich lösen wollen. Voraussetzung ist nur, daß die zur Landwirtschaft geeigneten Baulandbesitzer ihre Ansprüche, insbesondere an die Gebäude, stark herabzusetzen, und nach dem Muster der heutigen Bauweise aus dem Lande kräftig mit Geld anlegen, um sich ihre Häuser und Wirtschaftsgüter, Gebäude selbst aufzurichten. Nur dadurch läßt sich die ungeheure Baumnot überwinden.“ Im preussischen Reichsfinanzministerium sind schon ähnliche Ansprüche gefordert. Männer, die an verantwortlicher Stelle derartige Ansprüche vor sich gehen, sind entweder ganz unlos oder sie leben nur, um einem Befehl oder Willkürer etwas Präzisiertes zu sagen. Die Möglichkeiten sind für das Volk gleich schlimm. Gedankenlos, weil ohne Beamte des Reichsfinanzministeriums oder des Reichsarbeitsministeriums stets daran denken sollten, daß diese Ministerien auch der Herrscher der sogenannten produktiven Erwerbslosten für ihre Unterfertigung unterstellt ist. Einige Beamte werden sich heute damit beschäftigen, Arbeitslosigkeit für die Erwerbslosen ausfindig zu machen; einmal, um die Summen für Arbeitslosenunterstützung zu berechnen, dann aber auch, um die Moral, das Selbstbewußtsein der Hunderttausende und ihr Zutauen zur Gesellschaft zu heben. Zugleich aber geben andere Beamte der gleichen Ministerien Siedlern den Rat, ihre Bauarbeit selbst zu verrichten, das heißt, den so schon zu kleinen Arbeitsmarkt noch mehr zu verkleinern. Bleibt in der derzeitigen Regierung noch Sinn? Ist die produktive Erwerbslostenunterstützung nun ins Leben gerufen, um mehr Beamte unterzubringen, oder verfolgt man noch einen anderen erwirklichen Zweck damit? Zu diesem Verhalten muß auch das kürzlich im Reichswirtschaftsministerium einer Kommission erklärt wurde, daß gar nicht daran zu denken sei, das Baugewerbe und in besondern die Zementindustrie wieder zu beleben. Im Gegenteil sei mit einer weiteren Stilllegung zu rechnen. Man ist sich nachscheinlich in den Kreisen, aus denen diese Ansprüche stammen, nicht darüber klar, daß bei der Durchführung dieser Absichten die Volkswirtschaften erhalten, den Gemeinräten dankbar zu sein. Die Herren leben anscheinend nach dem Motto: „Nur ruhig weitermachen, die Sache wird schon von selbst schon gehen.“

Zum Schluß sagen wir zusammenfassend: Kein organisierter Arbeiter kann und darf die gepredigte Art der Selbsthilfe unterstützen. Die Siedler haben von den Organisationen der Bauarbeiter, der Bauarbeiter und des Gewerbes, von dem oberen Bauwesen, von dem meisten politischen mannigfaltiger Art zu erwarten. Bisher waren es einzig die Berufsorganisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten, bei denen sie Freundschaft fanden. Aber die Selbsthilfe müssen diese Organisationen befähigen aus den oben angeführten Gründen. Ist den Siedlern weiterhin an unserer Unterstützung gelegen, so müssen sie mit uns für die Sozialisierung des Baugewerbes, der Bauindustrie und des Wohnungsweesens kämpfen. Das bedeutet zunächst: Kampf gegen den Wucher mit Boden und Baustoffen, Verneinung der Arbeitslosigkeit durch sofortige Planungsmaßnahmen der Siedlungsbauten, Verschlingung mit den baugewerblichen Organisationen über die notwendigen Maßnahmen.

**Zur Sozialisierung der Baubetriebe.**

Es ist schon sehr viel über die Sozialisierung der Baubetriebe geschrieben und gesprochen worden; aber es wird nichts fähiger, wenn man unter anderem dazu seine Meinung äußert. Das Baugewerbe, das der Handwerker der Unternehmer herauszunehmen, haben wir schon immer gehabt; aber erst der Zusammenbruch im November 1918 ließ uns annehmen, daß nun die Zeit gekommen sei, unser Ziel, die Vergegensetzlichkeit des gesamten Privatkapitalismus, zu verwirklichen. Das ist uns nicht gelungen. Die sogenannten „sozialistische“ Sozialdemokraten besitzen noch das Vertrauen des großen Teiles der Arbeiterklasse, mit deren Hilfe sie sich auf die Ministerien setzen könnten. Aber nun glauben es würden jetzt zum wenigsten die dafür reifen Betriebe sozialisiert, der erteilt sich. Zuerst gründete man Arbeitsgemeinschaften, indem man hoffte, so durch Harmonisierung der Interessen zu überbrücken. Wohl wurden von den Regierungen gewisse Schritte in diese Richtung getan, aber in der Wirklichkeit war man daran, den zusammengebrochenen Kapitalismus wieder aufzurichten. Als sich die Arbeiterklasse selbst helfen wollte, holte man sich exzentratische Offiziere und Soldaten, mit deren Hilfe wurde die revolutionäre Bewegung unterdrückt.

Eins ist sicher, wäre damals die wertvolle Revolution nicht gekommen, so wäre die Reaktion einfach an die Wand geballt worden. Leider war diese Umwälzung nicht vorhanden. Doch nun zurück zur Sozialisierung. Unsere Kollegen sagen, daß der Regierungsebene nichts getan wurde, sie schritten deshalb zur Gründung von Gewerkschaften. Man kann diesen neuen Gebilden sehr sympathisch gegenüberstehen, doch das muß man erkennen, ein Aktivist zur Sozialisierung sind sie noch lange nicht. Es geht immer wieder Geld dazu. Dieses Geld besitzen aber unsere Kollegen nicht, folglich sind sie auf den Kredit von Kapitalisten angewiesen. Das ist ein Verdict. Der direkte Unternehmer verneinend und der indirekte, das sind die Wunden, tritt an seine Stelle. Die Kollegen, die sich in Produktivgenossenschaften zusammenfanden, müssen also erst den Profit, den der Kapitalismus als Mittel bekommt, herausarbeiten. Um nun ihre Arbeitslosen zu haben, müssen sie rationaler wirtschaften als der Unter-



